

NEWS AUS BRÜSSEL

EU-Informationen der Verbindungsstelle Brüssel

April/Mai 2011

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Angela Ostlender

**Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene
vom 18. April bis zum 1. Mai 2011**

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. EP-Verfassungsausschuss für Wahl nach europaweiten Listen

Der Verfassungsausschuss des Europäischen Parlaments beschloss am 19.04. eine Initiative für eine Vertragsänderung, wonach bei den nächsten Europawahlen neben den 751 auf nationalen Listen zu wählenden Abgeordneten zusätzlich 25 Abgeordnete auf länderübergreifenden europäischen Wahllisten zu bestimmen sind. Die Kandidaten müssten aus mindestens einem Drittel der Mitgliedstaaten stammen und nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht ausgewogen sein. Jeder Wähler hätte daher zwei Stimmen, eine für nationale Listen und eine für europaweite Listen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/headlines/content/20110415STO17908/html/Reform-des-Wahlrechts-Parlament-soll-europ%C3%A4ischer-werden>

2. Zustimmung im EP für gemeinsames Lobbyistenregister

Der Verfassungsausschuss des EP sprach sich am 19.04. einstimmig für den Bericht von Carlo Casini (EVP/IT) aus, in dem ein gemeinsames Register für EP und Kommission vorgesehen wird. Darin sollen alle Lobbyisten und sonstigen Interessenvertreter aufgenommen werden. Ferner sollen alle Gespräche mit Lobbyisten dokumentiert werden („gesetzgeberischer Fußabdruck“). Das Register solle allerdings in Transparenzregister umbenannt werden, um nichtkommerziellen Einrichtungen wie Think-Tanks die Eintragung zu erleichtern. Die Registrierung soll auf freiwilliger Basis erfolgen, jedoch erhielten nicht registrierte Lobbyisten keinen Zugangsausweis für das EP. Im Rat sei eine Bereitschaft erkennbar, sich ebenfalls an diesem Register zu beteiligen. Das Plenum des EP wird im Mai abstimmen. Das gemeinsame Register soll ab Juni online zugänglich sein. Im EP gibt es ein Lobbyistenregister seit 1996 und in der Kommission seit 2008.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110418IPR18100/html/Backing-for-EPCcommission-joint-register-of-lobbyists-and-other-interest-groups>

3. Verhaltenskodex für Kommissionsmitglieder verschärft

Die Kommission hat am 20.04. den derzeit geltenden Verhaltenskodex weiter verschärft und präzisiert. Dies gilt für politische Aktivitäten, die Annahme von Geschenken, die Inanspruchnahme von Gastfreundschaft und das Verfahren bei Interessenkonflikten. Die Interessenerklärungen müssen jährlich auf den neuesten Stand gebracht werden. Die Vorschriften für die Aufnahme von Tätigkeiten nach dem Ausscheiden aus dem Amt wurden verschärft; so wurde die Frist, innerhalb derer die Kommission bei der Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit vorab zu unterrichten ist, von 12 auf 18 Monate angehoben. Ehegatten, Partner und direkte Familienmitglieder dürfen nicht mehr im Kabinett des betreffenden Kommissionsmitglieds beschäftigt werden. Die Ad-hoc-Ethikkommission wird in ihrem Auftrag bestärkt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/498&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. Bekräftigung von EU-Perspektive für Westbalkan

Bei einer gemeinsamen parlamentarischen Aussprache mit Politikern der Union und Abgeordneten der Westbalkanstaaten am 14.04. erklärte EP-Präsident Jerzy **Buzek**, dass das Europäische Parlament fest davon überzeugt ist, dass die Zukunft der Westbalkanstaaten in Europa liegt. "Aber die Region steht immer noch vor vielen Herausforderungen: die Reform der Justizsysteme, der Kampf gegen Verbrechen und Korruption, die Aussöhnung innerhalb der Region und die Zusammenarbeit mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal." Kommissionspräsident Manuel **Barroso** betonte: "Die Wiedervereinigung Europas wird nicht vollendet sein ohne eine EU-Mitgliedschaft der Westbalkanstaaten". Die Geschwindigkeit des Beitrittsprozesses basiere auf den Fortschritten bei Schlüsselreformen." Der ungarische Premierminister Viktor **Orbán** sagte, Kroatien könne anderen Staaten der Region als Vorbild für einen raschen Beitrittsprozess dienen. Er ermahnte aber auch die EU-Mitgliedsstaaten zu raschem Handeln. "Wenn die EU sie nicht integriert, wird es jemand anderes tun."

Bei dem Treffen wurden auch die Probleme einzelner Länder angesprochen. Sorgen bereite **Bosnien und Herzegowina**. Mangels Regierungsbildung seit den Wahlen vom Oktober 2010 herrsche politischer Stillstand. Zum **Kosovo** könne die EU keine offiziellen Beziehungen aufnehmen, da einige Mitgliedsstaaten das Land nicht anerkennen (Griechenland, Rumänien, Slowakei, Spanien, Zypern). Die Ehemalige Jugoslawische Republik **Mazedonien** sei zwar EU-Beitrittskandidat, doch gebe es keine Verhandlungen wegen des Namensstreits mit Griechenland.

<http://www.europarl.europa.eu/de/headlines/content/20110408ST017340/html/Die-Zukunft-der-Balkanstaaten-liegt-in-Europa>

2. Zwei weitere Verhandlungskapitel mit Kroatien abgeschlossen

Bei der Sitzung der Beitrittskonferenz EU-Kroatien auf Ministerebene am 19.04. wurden die Kapitel Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie Regionalpolitik und Koordination der Strukturförderung geschlossen. Damit sind bisher 34 von 35 Verhandlungskapiteln geöffnet und 30 geschlossen worden. Ziel ist weiterhin ein Abschluss der Beitrittsverhandlungen im Juni. Bei der Sitzung des EU-Kroatien-Assoziationsrats am 19.04. wurde betont, dass Kroatien seine Reformanstrengungen bei Justiz, Bekämpfung der Korruption, Verfolgung von Kriegsverbrechern und in der Wirtschaft fortsetzen müsse. Noch nicht erreicht seien die Wiedereingliederungsziele von Vertriebenen und ein besserer Schutz von Minderheiten. Positiv zu werten sei die Ratifizierung des Schlichtungsabkommens mit Slowenien.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/er/121600.pdf
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/er/121588.pdf

3. Keine Fortschritte bei Erweiterungsverhandlungen mit Türkei

Bei der Sitzung des EU-Türkei-Assoziationsrats am 19.04. wurde festgestellt, dass von 35 Verhandlungskapiteln 13 geöffnet und eines vorläufig geschlossen worden ist. 2010 sei nur ein Kapitel geöffnet worden. Die Kapitel Wettbewerb, Sozialpolitik und öffentliches Beschaffungswesen könnten geöffnet werden, wenn die Türkei die hierfür gestellten Bedingungen („benchmarks“) erfüllt. Positiv zu werten seien die Verfassungsreformen. Notwendig seien aber noch große Fortschritte bei Rechtsstaatlichkeit und Schutz der Menschenrechte, insbesondere Meinungs- und Religionsfreiheit. Notwendig sei vor allem aber auch eine Erweiterung des Zusatzprotokolls zur Zollunion auf Zypern und die Anerkennung der Republik Zypern.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/er/121603.pdf

4. Ungarische Ratspräsidentschaft fördert EU-Beitritt Islands

Am 26./27.04. fand in Island die Sitzung des gemischten Parlamentsausschusses der EU und von Island statt. Bei diesem Ereignis wurde die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union von Bálint Ódor, dem stellvertretendem Staatssekretär für europäische Angelegenheiten im Außenministerium, vertreten. Island nahm im Juli 2010 Beitrittsverhandlungen mit der EU auf. Die ungarische Ratspräsidentschaft ist ein engagierter Befürworter des Beitrittsprozesses des Inselstaates. In der Runde der Beitrittsverhandlungen, die für Ende Juni geplant ist, könne die Eröffnung von mehreren, wenn möglich von fünf Kapiteln in die Agenda aufgenommen werden.

<http://www.eu2011.hu/files/bveu/documents/HU PRES Iceland 27042011 DE.pdf>

5. EU bewilligt 110 Mio. EUR für Sicherungsarbeiten in Tschernobyl

Am 19.04., 25 Jahre nach der Katastrophe von Tschernobyl, hat -Kommissar Andris Piebalgs im Rahmen einer hochrangigen Konferenz in Kiew die Zusage der Kommission verkündet, weitere 110 Mio. EUR bereit zu stellen. Die Kommission hat bisher einen wesentlichen Anteil – etwa 470 Mio. EUR – der Mittel für Tschernobyl-Projekte bereitgestellt, hauptsächlich für nukleare Sicherheit, aber auch für Programme zur Unterstützung der örtlichen Bevölkerung und um betroffenen Familien den Zugang zu hochwertiger Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. Dennoch sind weitere 740 Mio. EUR von der internationalen Gemeinschaft notwendig, um die Hauptprojekte auf dem Gelände bis 2015 abzuschließen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/485&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/252&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/289&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Rede Barroso)

6. Katastrophale Lage der Menschenrechte in Turkmenistan

Bei einer Anhörung zur Lage der Menschenrechte in Turkmenistan am 20.04. im Auswärtigen Ausschuss des Europäischen Parlaments, waren sich die Abgeordneten einig, dass die Menschenrechtssituation äußerst schlecht ist und dass die EU sich nur dann engagieren sollte, wenn es Besserungen gebe. Das Hearing fand im Vorfeld einer Delegationsreise nach Turkmenistan am 28.-30.04. statt, auf der Informationen darüber eingeholt werden sollen, ob das EP im Juni einem Partnerschaftsabkommen zustimmen soll.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110418IPR18103/html/Turkmenistan-protecting-human-rights-a-prerequisite-for-closer-ties-with-the-EU>

7. EU ruft Syrien zum Stopp der Gewalt auf

Die Machthaber in Syrien müssen ihre gewaltsamen Angriffe auf Demonstranten sofort stoppen. Dazu hat Catherine Ashton, die Hohe Repräsentantin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der EU-Kommission, in einer Botschaft an den syrischen Präsidenten Assad aufgerufen. Ashton verurteilte die „brutale Gewalt“ in ganz Syrien und forderte die Behörden dazu auf, die Bürgerrechte zu beachten. Sie drückte ihr Bedauern über die vielen Todesopfer am Karfreitag aus und verlangte, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Nur das Ende des Ausnahme-zustandes und glaubhafte Reformen könnten die Lage verbessern. Die EU werde einen wirklichen Reformprozess in Syrien wirksam unterstützen.
http://www.consilium.europa.eu//uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/121617.pdf

8. EU einig über Sanktionen gegen Syrien

Am 29.04. erzielten die EU-Mitgliedstaaten im Ausschuss der Ständigen Vertreter des Rates eine Einigung über Einreiseverbote und Vermögensgefrierungen bezüglich den Machhabern des Regimes von Präsident Baschar al-Assad. Hinzu kommt ein Embargo für Waffen und sonstige Ausrüstung, die gegen die innere Opposition eingesetzt werden kann. Die Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen werden eingefroren ebenso wie die Mittel aus dem Entwicklungsprogramm in Höhe von 40 Mio. EUR. Ein förmlicher Beschluss ist für die Ratstagung am 12.05. vorgesehen. <http://euobserver.com/9/32245/?rk=1>

9. Wirksame Katastrophenhilfe der EU für Japan

Bis 29.04. hat die EU eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 17.268 Mio. EUR geleistet. 10 Mio. EUR kamen vom humanitären Amt der EU, ECHO und der Rest von den Mitgliedstaaten, darunter 1 Mio. EUR von Österreich und 630.000 EUR von Deutschland. Österreich hat sich im Gegensatz zu Deutschland auch mit Sachmitteln im Rahmen des Zivilschutzmechanismus der EU beteiligt. Ab jetzt wird die Hilfe der EU durch Unterstützung von Partnern im Rahmen der Rotkreuzfamilie erbracht.
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/261&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

b) Außenhandel

1. Leistungsbilanzdefizit der EU im vierten Quartal 2010

Nach den neuesten verfügbaren Daten verzeichnete die EU27 im vierten Quartal 2010 ein Leistungsbilanzdefizit von 18,2 Mrd. Euro, gegenüber einem Defizit von 4,8 Mrd. im vierten Quartal 2009 und einem Defizit von 15,5 Mrd. im dritten Quartal 2010. Im vierten Quartal 2010 erhöhte sich das Defizit beim Saldo des Warenhandels (-29,3 Mrd. Euro gegenüber -10,7 Mrd.), während es bei den laufenden Übertragungen fast stabil blieb (-19,2 Mrd. gegenüber -18,9 Mrd.) im Vergleich zum vierten Quartal 2009. Der Überschuss stieg bei der Dienstleistungsbilanz (+20,8 Mrd. gegenüber +19,5 Mrd.) und bei der Einkommensbilanz (+9,5 Mrd. gegenüber +5,2 Mrd.).
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/59&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Kontrolle des Waffenverkaufs an Privatpersonen in Drittstaaten

Der Außenhandelsausschuss des EP verabschiedete am 13.04. eine EU-weit gültige Verordnung auf Basis des UN-Protokolls zum Verkauf von Feuerwaffen an Privatpersonen. Dieses UN-Protokoll ist bisher nur von einer Minderheit von EU-Staaten ratifiziert (Belgien, Bulgarien, Zypern, Estland, Italien, Lettland, Litauen, die Niederlande, Polen, Slowakei, Slowenien und Spanien). Exporte in Länder außerhalb der EU müssen demnach erst von der Regierung des jeweiligen Empfängerlandes genehmigt werden. Exporteure müssen auch eine Genehmigung aller betroffenen Transitländer einholen. Das Genehmigungsverfahren dürfe nicht mehr als 60 Tage in

Anspruch nehmen. Damit soll der Handel mit Jagdwaffen gefördert werden. Der Berichterstatter, Salvatore Iacolino (EVP/IT), wird nunmehr in Gespräche mit dem Rat treten.

<http://www.europarl.europa.eu/de/headlines/content/20110408STO17339/html/EU-weite-Kontrollen-f%C3%BCr-Waffenexporte-an-Privatpersonen>

3. Erstes Business-Gipfeltreffen der ASEAN-Staaten mit der EU

Das Treffen am 05.05. in Jakarta versteht sich als Plattform für den Austausch zwischen Unternehmern sowie öffentlichen und privaten Investoren aus der EU und den ASEAN-Staaten. Die politische Ebene wird durch Handels- und Wirtschaftsminister aus den asiatischen Staaten sowie EU-Handelskommissar Karel De Gucht vertreten sein. <http://asean-eubizsummit.com/>

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

1. EU größter Geber von Entwicklungshilfe

Nach dem Jahresbericht zur Entwicklungshilfe ("Enhancing EU Accountability on Financing for Development: towards the EU Official Development Assistance Peer Review – Annual Report 2011") hat die EU 53.8 Mrd. EUR an öffentlicher Entwicklungshilfe geleistet. Wenn die EU jedoch ihr Ziel von 0.7%/BIP an öffentlicher Entwicklungshilfe bis 2015 erreichen wollte, müsste sie 50 Mrd. EUR hinzufügen.

http://ec.europa.eu/europeaid/how/accountability/eu-annual-accountability-reports/index_en.htm

2. Ziele des EP für VN-Konferenz über am wenigsten entwickelte Länder

In seiner Entschließung vom 07.04. zu der Vierten Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder (LDC-IV) am 09.-13.05. in Istanbul, ist das Europäische Parlament der Auffassung, dass die LDC-IV ergebnisorientiert arbeiten sollte, und zwar auf der Grundlage eindeutiger Indikatoren, mit dem Ziel, die Zahl der LDC (derzeit 48) bis zum Jahre 2020 um die Hälfte zu verringern, und unter Einsatz von effizienten und transparenten Überwachungs- und Kontrollmechanismen. Die Unterstützung der EU für LDC sollte in erster Linie auf die Schaffung von Wohlstand und die Entwicklung eines marktwirtschaftlichen Systems abzielen sollte, da dies die Grundvoraussetzungen für die Beseitigung der Armut seien.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0149+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>
<http://www.un.org/wcm/content/site/ldc/home>

3. Humanitäre Hilfe durch Politik und Militäraktionen gefährdet

Bei einer Anhörung im Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments am 13.04. hielt die Berichterstatterin, Michèle Striffler (EVP/FR) den Dialog zwischen Soldaten und Helfern für entscheidend für einen erfolgreichen Hilfseinsatz. Gleichzeitig gefährde dieser Kontakt die Neutralität der Helfer. "Wenn humanitäre Helfer mit Streitkräften zusammenarbeiten, werden sie nicht länger als humanitär betrachtet. Je mehr Hilfe als politisch wahrgenommen wird, desto uneffektiver ist sie", erklärte Peter Zangl, Direktor der Abteilung für humanitäre Hilfe bei der EU-Kommission. Notwendig seien Richtlinien und ein genau definiertes Verhältnis von Militär und humanitären Helfern, so Antoine Gerard von OCHA, der UN-Behörde zur Koordinierung humanitärer Arbeit. Die unberechenbare Lage in Libyen sei ein typisches Beispiel für die Verquickung humanitärer, militärischer und politischer Ziele, sagte Agostino Miozzo, beim Europäischen Auswärtigen Dienst verantwortlich für Krisenreaktion. EU und UN seien bereit, humanitäre Helfer zu unterstützen, sollten sie nicht mehr in der Lage seien, ihre Aufgaben mit eigenen Mitteln zu bewältigen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/headlines/content/20110415STO17907/html/Humanit%C3%A4re-Hilfe-in-Krisengebieten-Neutral-oder-Loyal>

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit, Soziales, Chancengleichheit

1. Geringe Chancen für neue Arbeitszeitrichtlinie

Im Zuge ihrer Überarbeitung der EU-Arbeitszeitrichtlinie hat die Kommission am 21.12.10 die vorgeschriebene zweite Phase der Anhörung der Vertreter von Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf EU-Ebene eingeleitet. Nach Informationen von EurActiv sind die Sozialpartner nunmehr bereit, zwischen Ende Juni und Ende September einen Dialog aufzunehmen. Ab offizieller Aufnahme dieses Dialogs steht den Sozialpartnern ein Zeitraum von neun Monaten zur Verfügung, um zu einer Einigung zu gelangen. Sofern dies nicht gelingt, kann die Kommission eine Verlängerung bewilligen oder selbst Änderungen vorschlagen.

Das letzte Verfahren zur Änderung der Arbeitszeitrichtlinie aus dem Jahre 2003 ist 2009 im Vermittlungsausschuss zwischen Rat und EP gescheitert. Kontrovers sind weiterhin die Opt-out-Bestimmungen zur Überschreitung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 48 Stunden und die Behandlung von Bereitschaftsdiensten als Arbeitszeit. Der Europäische Gewerkschaftsbund ist gegen das Opt-out und für die Anwendung der EuGH-Urteile zu Bereitschaftszeit und Ruhezeiten. Die Arbeitgeber wollen bisher nicht über das Opt-out sprechen.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=329&newsId=964&furtherNews=yes>

<http://www.euractiv.com/de/soziales-europa/stere-aussichten-die-gespr-che-zur-arbeitszeitrichtlinie-news-504300>

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=706&langId=de&intPageId=205>

2. Arbeitslosenquote des Euroraums im März bei 9,9%

Im Euroraum (ER17) lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im März 2011 bei 9,9%, unverändert gegenüber Februar. Im März 2010 hatte sie 10,1% betragen. In der EU27 lag die Arbeitslosenquote im März 2011 bei 9,5%, ebenfalls unverändert gegenüber Februar. Im März 2010 hatte sie 9,7% betragen. Von den Mitgliedstaaten verzeichneten die Niederlande (4,2%), Österreich (4,3%) und Luxemburg (4,5%) die niedrigsten Arbeitslosenquoten. Die höchste Quote meldete Spanien (20,7%). Die höchsten Rückgänge wurden in Lettland (von 20,1% auf 17,2% zwischen dem vierten Quartal 2009 und 2010), Estland (von 16,1% auf 14,3% zwischen dem vierten Quartal 2009 und 2010) und Deutschland (von 7,4% auf 6,3%) beobachtet. Die höchsten Anstiege verzeichneten Griechenland (von 10,2% auf 14,1% zwischen dem vierten Quartal 2009 und 2010), Bulgarien (von 9,7% auf 11,4%) und Irland (von 13,1% auf 14,7%).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/62&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Arbeitnehmer aus acht neuen Mitgliedstaaten gleichberechtigt

Für die Bürgerinnen und Bürger aus der Tschechischen Republik, Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Slowenien und der Slowakei werden am 1. Mai 2011 die Beschränkungen ihres Rechts auf Beschäftigung in anderen EU-Mitgliedstaaten aufgehoben. Alle Arbeitnehmer aus den Ländern, die 2004 der EU beitraten, dürfen nun in denjenigen Ländern eine Beschäftigung aufnehmen, in denen bis zum Ende der siebenjährigen Übergangsfrist am 30. April 2011 Arbeitsmarktbeschränkungen galten. Die Kommission erwartet keinen größeren Zustrom von Arbeitnehmern aus den 8 EU-Ländern, da viele, die in einem anderen EU Mitgliedstaat arbeiten wollten, dies bereits tun. Für Arbeitnehmer aus Rumänien und Bulgarien bestehen weiterhin, bis längstens Ende 2013, Beschränkungen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/506&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=508&langId=de>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/259&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

b) Gesundheit

1. Frist für Registrierung traditioneller pflanzlicher Arzneimittel abgelaufen

Seit 01.05. dürfen in der EU nur noch gesundheitlich unbedenkliche und wirksame pflanzliche Arzneimittel verkauft werden. Die Richtlinie über pflanzliche Arzneimittel (2004/24/EG) hatte eine siebenjährige Übergangsfrist für die Registrierung von Arzneimitteln vorgesehen, die seit mindestens 30 Jahren (davon mindestens 15 Jahre in der EU) medizinisch verwendet werden. Ein vereinfachtes Verfahren ermöglicht die Registrierung dieser traditionellen pflanzlichen Arzneimittel, einschließlich chinesischer und ayurvedischer pflanzlicher Arzneimittel oder solcher aus einer anderen Tradition, ohne Sicherheits- und Wirksamkeitstest und -versuche, die der Antragsteller normalerweise vorlegen muss. Nicht registrierte oder nicht zugelassene Arzneimittel müssen nunmehr vom Markt genommen werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/510&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/71&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/health/human-use/herbal-medicines/index_en.htm

2. Durchbruch bei Malaria-Behandlung

Kurz vor dem Welt-Malaria-Tag (25. April) haben Wissenschaftler mehrerer EU-geförderter Projekte entdeckt, dass Arzneimittel, die ursprünglich zur Hemmung des Wachstums von Krebszellen entwickelt wurden, auch den für Malaria ursächlichen Parasiten abtöten können. Durchgeführt wurden die Forschungsarbeiten im Rahmen von vier EU-finanzierten Projekten (ANTIMAL, BIOMALPAR, MALSIG und EVIMALAR) unter Federführung von Labors im Vereinigten Königreich, Frankreich und der Schweiz mit Partnern aus Belgien, Deutschland, (**4SCAG Planegg-Martinsried/Bayern** und Universitäten **Gießen, Heidelberg (+EMBL), Marburg, LMU München, Würzburg**; Institut für Tropenmedizin **Hamburg**, MPI für Infektionsbiologie **Berlin**), Dänemark, Griechenland, Spanien, Italien, den Niederlanden, Portugal und Schweden sowie zahlreichen Entwicklungsländern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/489&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

IV. Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei

a) Ernährung

1. Bessere Information der Verbraucher über Lebensmittel

Der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit verabschiedete am 19.04. seine Stellungnahme in zweiter Lesung zum Entwurf einer Verordnung betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel. Bis zu der für Juni vorgesehenen Abstimmung im Plenum solle eine Einigung mit dem Rat erzielt werden. Strittig ist vor allem die vom Ausschuss verlangte Ursprungsbezeichnung für Fleisch, Milchprodukte, Obst und Gemüse. Bei einem Tier das in unterschiedlichen Ländern geboren, gezüchtet und geschlachtet wurde, müssen alle Länder

aufgeführt werden. Dissens besteht auch bei der von den Abgeordneten geforderten obligatorischen Angabe von Transfetten. Unstrittig sind dagegen Nährwertangaben und Schriftgrößen (1,2 mm bzw. 0.9 mm bei Packungen unter 8 cm).

<http://www.europarl.europa.eu/de/headlines/content/20110415STO17909/html/Kennzeichnung-von-Lebensmitteln-Bessere-Informationen-f%C3%BCr-Verbraucher>

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110418IPR18101/html/Food-labelling-Environment-Committee-sets-out-clearer-rules>

b) Landwirtschaft

1. Neun Mitgliedsstaaten für Beibehaltung von Pflanzrechten im Weinbau

Auf Initiative von Frankreich haben sich insgesamt neun Mitgliedstaaten (Deutschland, Österreich, Ungarn, Italien, Rumänien, Portugal, Luxemburg und Zypern) in einem Brief an Agrarkommissar Dacian Cioloș für die Beibehaltung der Pflanzrechte im Weinbau auch nach 2015 ausgesprochen. Sie begründen das mit einer zu erwartenden Überproduktion, möglichem Preisverfall, dem Brachfallen von Rebflächen und Qualitätseinbußen, sollte das System der Pflanzrechte – wie es bei der Reform der EU-Weinmarktordnung 2008 beschlossen wurde – auslaufen.

<http://www.gouvernement.fr/gouvernement/la-france-et-huit-pays-europeens-se-mobilisent-pour-le-maintien-des-droits-de-plantation>

http://agriculture.gouv.fr/IMG/pdf/110419_lettre_ministres_droits_plantation.pdf? (Schreiben)

<http://www.bmlfuw.gv.at/article/articleview/87974/?SectionIDOverride=110>

2. Empfänger von Agrarsubventionen veröffentlicht

In seinem [Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-92/09 und C-93/09](#) betreffend die Verpflichtung zur Veröffentlichung von Informationen über die Empfänger von Agrarbeihilfen gelangte der EuGH zu dem Schluss, dass bei **natürlichen Personen** die Veröffentlichung personenbezogener Daten, ohne Differenzierung nach einschlägigen Kriterien unzulässig ist.. Die Verordnung (EG) 259/2008 wurde daher dahingehend **geändert**, dass die Verpflichtung zur Veröffentlichung von Informationen über die Empfänger von Mitteln der GAP auf **juristische Personen** eingeschränkt wurde. Dies ist bis 30.04. umgesetzt worden.

Als größter deutscher Subventionsempfänger in 2010 ist die Baywa AG in München mit 13.4 Mio. EUR aufgeführt. Die Firma wendet sich jedoch entschieden gegen diese Darstellung, da der Konzern nur Getreide an die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) als Interventionsstelle der EU verkauft und außerdem im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages die Lagerung von Getreide übernommen hat. Dafür sei er leistungsgemäß vergütet worden. In der Presse sind noch Subventionen für Nordmilch (9 Mio. EUR), Südzucker (2.68 Mio. EUR), RWE (514.000 EUR) und Bayer Real Estate (135.000 EUR) hervorgehoben worden.

http://ec.europa.eu/agriculture/funding/index_en.htm

<http://www.agrar-fischerei-zahlungen.de/Suche>

<http://www.baywa.de/>

3. EP-Umweltausschuss für optionales GVO-Anbauverbot

Der Umweltausschuss des EP hat am 12.03. den Vorschlag der Kommission gebilligt, das bisherige Genehmigungsverfahren für genetisch veränderte Organismen (GVO) beizubehalten, es aber den Mitgliedstaaten zu ermöglichen, wegen negativer Auswirkungen auf Umwelt und Landwirtschaft Restriktionen oder gar ein Verbot des Anbaus von GMOs zu begründen. Die Plenarabstimmung findet im Juni statt.

<http://www.europarl.europa.eu/de/headlines/content/20110408STO17335/html/Gentechnik-im-Essen- jedes-Land-entscheidet-selbst>

4. EU-Studie empfiehlt raschere Zulassung von GVO in der EU

Nach einer von der Kommission in Auftrag gegebenen Studie zu asynchronen GVO-Zulassungen, könnte die EU wichtige Futtermittellieferungen, insbesondere Soja und Mais aus den USA, Argentinien und Brasilien verlieren, wenn in diesen Ländern GVO schneller zugelassen werden als in der EU. Probleme habe es bereits bei Sojalieferungen gegeben. Der Bericht weist auch darauf hin, dass mit immer mehr Spuren von nicht-zugelassenen GVO in Futtermittelimporten zu rechnen sei, da ständig neue Sorten hinzukämen und da die Exporteure mit der Trennung überfordert seien. Zu berücksichtigen sei auch ein wachsender Wettbewerb um Futtermittel, insbesondere in Entwicklungsländern und China. Die Studie empfiehlt eine raschere Genehmigung von GVO in der EU und internationale Regelungen für zulässige GVO-Spuren.

http://ec.europa.eu/agriculture/analysis/external/asynchronous-gmo-approvals/index_en.htm

5. Handelsabkommen mit Mercosur zulasten von EU-Landwirtschaft

Nach einer noch nicht veröffentlichten Studie der Gemeinsamen Forschungsstelle der EU würde das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den Mercosur-Ländern bei europäischen Bauern bis 2020 zu 3 Mrd. EUR Einkommensverlusten jährlich führen. Am meisten betroffen wären Rinderzüchter in Irland, Großbritannien und Frankreich. Grund wären Zunahmen der Rindfleischimporte aus Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay in Höhe von 200.000 t jährlich. Die Rindfleischerzeugung der EU würde um 150.000 t zurückgehen und die Erzeugerpreise der EU um 8%. Die Kommission geht allerdings davon aus, dass der Vorteil des Abkommens für beide Seiten 4.5 Mrd. EUR betrage. Die nächste Verhandlungsrunde findet vom 02.-06-05. in Asunción statt. Die abschließende Verhandlungsrunde ist für den 04.-08.07. in Brüssel vorgesehen.

http://www.euractiv.com/en/cap/mercotur-trade-deal-cost-eu-farmers-billions-study-news-504401?utm_source=EurActiv+Newsletter&utm_campaign=45cda6d8e6-my_google_analytics_key&utm_medium=email

c) Fischerei

“Fischen für Plastikmüll”

Bei einem runden Tisch zur Verschmutzung des Mittelmeers durch Abfall, berichtete Kommissarin Damanaki, dass ihre Dienste dabei wären, Maßnahmen zur Beseitigung von Abfall im Meer auszuarbeiten. Der Europäische Fischereifonds biete Fischern und anderen Interessierten die Möglichkeit, Projekte zum Schutz der Meeresumwelt wie etwa „Fischen für Abfall“ („fishing for litter“) durchzuführen. In einigen Ländern liefen bereits die Vorbereitungen. So werde in Frankreich am 20.05. eine Initiative gestartet. Hierbei soll insbesondere Plastikmüll durch besondere Fischereifahrzeuge eingesammelt und der Müllentsorgung zugeführt werden. Diese Maßnahme komme nicht nur der Umwelt, sondern auch den Fischern zugute, die ein zusätzliches Einkommen erzielen könnten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/252&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

V. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht

a) Wettbewerbsrecht

1. Kommission untersucht Markt für Kreditausfallversicherungen

Im ersten Verfahren prüft die Kommission, ob 16 Investmentbanken und Markit, der führende Anbieter von Finanzinformationen auf dem CDS Markt (Credit Default Swaps), verbotene Absprachen getroffen haben und/oder eine marktbeherrschende Stellung innehaben bzw. missbrauchen, um Finanzinformationen über CDS zu kontrollieren. Bei den 16 Banken handelt es sich um JP Morgan, Bank of America Merrill Lynch, Barclays, BNP Paribas, Citigroup, Commerzbank, Crédit Suisse First Boston, Deutsche Bank, Goldman Sachs, HSBC, Morgan Stanley, Royal Bank of Scotland, UBS, Wells Fargo Bank/Wachovia, Crédit Agricole und Société Générale.

Im zweiten Verfahren untersucht die Kommission eine Reihe von Vereinbarungen zwischen ICE Clear Europe und neun der aufgezählten 16 CDS-Händler (Bank of America Corporation, Barclays Bank plc, Citigroup Inc, Crédit Suisse Group AG, Deutsche Bank AG, Goldman Sachs Group, Inc., JP Morgan Chase & Co, Morgan Stanley und UBS AG). Geprüft werden soll insbesondere, ob die Vorzugssätze, die ICE den neun Banken einräumt, diese an das ICE System binden und dadurch andere Wettbewerber benachteiligen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/509&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Systematischerer Ansatz bei EU-Beihilfekontrolle

In einer Rede am 19.04. erklärte Kommissionsvizepräsident Almunia, dass seine Dienste ihre Ressourcen auf diejenigen Sektoren konzentrieren wollten, die den Binnenmarkt am meisten beeinträchtigen. Im Visier seien Banken, Postdienste und Flugverkehr. Die Kontrolle bei der Konsolidierung von **Banken** sei derzeit auf wenige Länder beschränkt: Irland, Griechenland und Deutschland (WestLB, HSH, BayernLB und Hypo Real Estate). Erwartet würden Fälle aus Portugal und im Gefolge der Stresstests. Bei **Postdiensten** würden 10 Fälle geprüft; bei der Deutschen Post und der Belgischen Post liefen die Verfahren bereits. Hier komme es darauf an, dass bisherige Monopolisten nicht durch zu hohe Vorteile für Universaldienstverpflichtungen bevorzugt, aber auch nicht durch Pensionslasten benachteiligt würden. **Beim Flugverkehr** gehe es insbesondere um nicht gerechtfertigte Vorteile für Billigflieger auf Regionalflughäfen. Die große Mehrheit der Regionalflughäfen mache Verluste. Es sei aber nicht einzusehen, dass 20 Jahre nach der Liberalisierung nicht subventionierte Flughäfen benachteiligt und manche Gesellschaften bevorzugt würden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/291&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Rückgang des Wirtschaftsklimaindiktors in Europa

Im April ging der „Economic Sentiment Indicator (ESI)“ sowohl in der EU als auch im Eurogebiet zurück, verblieb aber deutlich über seinem Langzeitdurchschnitt. In der EU fiel er um 2.3 Punkte auf 105.1 und im Eurogebiet um 1.1 Punkte auf 106.2. Grund waren Rückgänge in allen Sektoren mit Ausnahme der Bauwirtschaft. Der Rückgang in der EU ist vor allem auf Verschlechterungen in Großbritannien zurückzuführen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/513&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Inflationsrate des Euroraums im April auf 2,8% geschätzt

Die jährliche Inflationsrate des Euroraums für April wird von Eurostat auf 2,8% vorausgeschätzt. Im März lag die Rate bei 2,7%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/63&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Auftragseingänge der Industrie im Euroraum im Februar um 0,9% gestiegen

Im Euroraum (ER17) nahm der Index der Auftragseingänge in der Industrie im Februar 2011 gegenüber dem Vormonat um 0,9% zu, nach einer Zunahme von 1,2% im Januar. . In der EU27 stiegen die Auftragseingänge im Februar 2011 um 1,2% an, nach einer Zunahme von 0,5% im Januar. Im Vergleich zum Februar 2010 stieg der Index der Auftragseingänge in der Industrie im Februar 2011 im Euroraum um 21,3% und in der EU27 um 19,8%.

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/4-27042011-AP/DE/4-27042011-AP-DE.PDF

b) Energie

1. Kriterien für Stresstests von Atomkraftwerken

Eine Taskforce der „Western European Nuclear Regulators' Association (WENRA), einer Organisation der Atomaufsichtsbehörden der EU und der Schweiz, plant Gespräche mit der Industrie und beabsichtigt, am 12.05. der „European Nuclear Safety Regulators Group (ENSREG)“ auf deren Tagung einen Vorschlag zu unterbreiten. Geprüft werden Die möglichen Auswirkungen von Erdbeben, Überflutungen und anderen äußeren Einwirkungen sowie deren Folgen für Stromversorgung und Kühlung, aber auch Vorkehrungen gegen Zwischenfälle wie Kernschmelze, Wasserstoffansammlung und Schäden bei Abschirmungen für Strahlung.

http://www.wenra.org/extra/news/?module_instance=1&id=29

c) Währung und Finanzen

1. EU-Haushalt für 2012 soll um 4,9% steigen

Der von der Kommission am 20.04. angenommene Haushaltsentwurf 2012 sieht 132,7 Mrd. EUR an Mitteln für Zahlungen (+ 4,9 % gegenüber 2011) und 147,4 Mrd. EUR an Mitteln für Verpflichtungen (+ 3,7 %) vor. Die Kommission friert ihre eigenen Verwaltungsausgaben ungeachtet der Preissteigerungen ein. Zugleich schlägt sie Einsparungen in Bereichen vor, die nicht die ursprünglich erwarteten Ergebnisse erzielen. Dies betrifft die Finanzierungsinstrumente für die Entwicklungszusammenarbeit und für Industrieländer sowie das Programm GALILEO. Fünf Nettozahler (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Finnland und die Niederlande) haben bereits klar gemacht, dass sie einen Ausgabenzuwachs über dem Inflationsniveau ablehnen werden. Das EP wird voraussichtlich einen Zuwachs vorschlagen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/499&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/budget/index_de.cfm

<http://www.euractiv.com/de/prioritaten/br-ssel-verteidigt-budgeterhaltung-um-5-2012-news-504235>

2. Euro-Rettung in Endphase

In einer Rede am 14.04. in Washington zeigte sich Kommissar Olli Rehn zuversichtlich, dass in einigen Wochen mit einem Rettungspaket für Portugal die Krisenmaßnahmen abgeschlossen seien. Die Gefahr, dass weitere Länder, insbesondere Spanien hineingerissen werden, bestehe nicht mehr. Die EU gehe auch entschieden gegen die Verschuldung vor. In diesem Jahr würden alle Mitgliedstaaten ihr Haushaltsdefizit reduzieren. Die Konsolidierung werde in den nächsten Jahren fortgesetzt. Auch die Dringlichkeit von Strukturreformen sei nunmehr erkannt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/276&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

3. Geringere Haushaltsdefizite – höhere Staatsverschuldung 2010

Nach Eurostat ist das öffentliche Defizit für den Euroraum von 6,3% im Jahr 2009 auf 6,0% des BIP im Jahr 2010 gesunken und in der EU27 von 6,8% auf 6,4%. Gemessen am BIP ist der öffentliche Schuldenstand im Euroraum von 79,3% (Ende 2009) auf 85,1% (Ende 2010) gestiegen und in der EU27 von 74,4% auf 80,0%. Im Jahr 2010 wurden die höchsten öffentlichen Defizite als Prozent des BIP in Irland (-32,4%), Griechenland (-10,5%), dem Vereinigten Königreich (-10,4%), Spanien (-9,2%), und Portugal (-9,1) verzeichnet. Deutschland lag bei 3,3% und Österreich bei 4,6%/BIP. Vierzehn Mitgliedstaaten wiesen im Jahr 2010 eine Verschuldungsquote von mehr als 60% des BIP auf: Griechenland (142,8%), Italien (119,0%), Belgien (96,8%), Irland (96,2%), Portugal (93,0%), Deutschland (83,2%), Frankreich (81,7%), Ungarn (80,2%), das Vereinigte Königreich (80,0%), Österreich (72,3%), Malta (68,0%), die Niederlande (62,7%), Zypern (60,8%) und Spanien (60,1%).

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/2-26042011-AP/DE/2-26042011-AP-DE.PDF

4. Stärkung der Qualität der europäischen Statistiken

Die Kommission verabschiedete am 15.04. eine Mitteilung zur Stärkung der Qualität der europäischen Statistiken in der insbesondere die Stärkung der Governance des Europäischen Statistischen Systems, die weitere Standardisierung der Haushaltsdaten, die regelmäßige Prüfung der Qualität der Daten, die nationalen statistischen Ämtern von staatlichen Stellen bereitgestellt werden und die Bewertung des Risikos von Revisionen in einem frühen Stadium vorgesehen werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/482&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/quality/documents/COM-2011-211_Communication_Quality_Management_DE.pdf

5. Kreditstandards für Privat- und Firmenkunden in Europa verschärft

Nach dem vierteljährlichen „Bank Lending Survey“ der **EZB** vom April stieg der Anteil der Finanzinstitute, die ihre Kreditstandards für Privat- und Firmenkunden angehoben haben, im Vergleich zum letzten Quartal 2010 um vier Prozentpunkte. Für das zweite Quartal erwarten die Banken eine weitere leichte Verschärfung der Standards.

Nach der Umfrage der **Bundesbank** zum Kreditgeschäft deutscher Banken haben sich die Kreditangebotsbedingungen im ersten Quartal 2011 jedoch spürbar entspannt. So berichteten die Interviewpartner sowohl im Firmenkundengeschäft als auch im Geschäft mit privaten Haushalten von merklich gelockerten Kreditstandards. Darüber hinaus wurden die Margen für durchschnittliche Bonitäten zum Teil deutlich verengt. Für das zweite Quartal gehen die Interviewpartner von wenig veränderten Kreditstandards aus.

http://www.ecb.int/stats/pdf/blssurvey_201104.pdf?12e3b162ab6798df725f4815b33da168

<http://www.bundesbank.de/download/presse/pressemitteilungen/2011/20110427.banklendingsurvey.php>

6. Karlsruhe entscheidet über Euro-Rettungsschirm

Der zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat drei Verfassungsbeschwerden (2 BVR 987/10, 2 BVR 1099/10 und 2 BVR 1485/10) betreffend die Untersagung endgültiger deutscher Garantieerklärungen im Zusammenhang mit dem „Euro-Rettungsschirm verbunden und eine Entscheidung für dieses Jahr angekündigt. Einer der Kläger, der Staatsrechtler Schachtschneider, rechnet allerdings nicht damit, dass Karlsruhe die deutschen Entscheidungen zur Griechenlandhilfe und zum vorübergehenden Rettungsschirm für nichtig erklärt. "Meine Erwartung ist, dass das Gericht sagt: 'diese Maßnahmen waren vertrags- und verfassungswidrig, aber wir heben sie nicht auf, weil das zu ganz erheblichen Verwerfungen führen würde'." Eine Verfassungsbeschwerde weiterer Kläger gegen den Rettungsschirm ist vom Bundesverfassungsgericht nicht zur Entscheidung angenommen worden.

<http://www.euractiv.de/finanzplatz-europa/artikel/euro-rettungsschirm-verfassungsbeschwerde-abgewiesen-004732>

<http://www.euractiv.de/zukunft-und-reformen/artikel/klage-gegen-dauerhaften-eurorettungs-fonds-004415>

http://www.bundesverfassungsgericht.de/organisation/erledigungen_2011.html

<http://www.zeitbombe-staatsverschuldung.de/Verfassungsbeschwerde.html>

<http://www.zeitbombe-staatsverschuldung.de/Wortlaut%20der%20Verfassungsbeschwerde%20Europäischer%20Rettungsschirm.html>

VII. Justiz und Inneres

1. Kommission mahnt Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung an

In ihrem Bericht vom 18.04. zur Umsetzung der Richtlinie über Vorratsdatenspeicherung kommt die Kommission zu dem Ergebnis, dass gespeicherte Daten zur Bekämpfung schwerer Straftaten notwendig seien. 22 Mitgliedstaaten hätten die Richtlinie umgesetzt. In drei Staaten (Deutschland, Rumänien und Tschechien) hätten die Verfassungsgerichte die Umsetzungsgesetze aufgehoben. Die Kommission erwarte, dass diese Staaten umgehend neue Gesetze erlassen, ansonsten drohten Vertragsverletzungsverfahren. Österreich und Schweden seien wegen Nichtumsetzung bereits vom EuGH verurteilt. Gegen Schweden sei ein Zwangsgeldverfahren vor dem EuGH eingeleitet. Österreich wolle bald ein Gesetz erlassen. Den Mängeln und den Gerichtsurteilen werde in einem Novellierungsvorschlag Rechnung getragen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/484&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0225:FIN:DE:PDF> (Bericht)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/252&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Rede Malmström)

2. Nichtausreise illegal Aufhältiger kein Grund für Haftstrafe

In einem Eilverfahren entschied der Europäische Gerichtshof, wie von Generalanwalt Ján Mazák vorgeschlagen, dass die Richtlinie über die Rückführung illegaler Einwanderer einer nationalen Regelung entgegen steht, die eine Haftstrafe für einen Drittstaatsangehörigen vorsieht, der sich illegal im Inland aufhält und eine Anordnung, das Staatsgebiet zu verlassen, nicht befolgt. Nur wenn die Abschiebung durch das Verhalten des Betroffenen gefährdet zu werden droht, sei Haft zulässig, müsse aber so kurz wie möglich bemessen sein. Darüber hinaus müssten die Betroffenen in einer speziellen Einrichtung und jedenfalls gesondert von den gewöhnlichen Strafgefangenen untergebracht werden.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-04/cp110040de.pdf> (PM EuGH)

http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/ (Urteil: Az. C-61/11 einfügen)

3. Frankreich und Italien fordern Kontrollen bei Schengen-Abkommen

In ihrem gemeinsamen Schreiben vom 26.04. an den Präsidenten des Europäischen Rats, Herman Van Rompuy und an Kommissionspräsident Barroso fordern Staatspräsident Sarkozy und Premierminister Berlusconi ein Gesetzgebungspaket für Schengen noch in diesem Jahr. Hierzu gehöre die zeitweilige Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen bei Problemen an den Außengrenzen. Ausgehend von der EU-Grenzschutzagentur Frontex müsse eine Entwicklung hin zu einem europäischen Grenzschutz beschritten werden. Dies impliziere europäische Inspektoren Oberste Priorität komme einem Migrationsabkommen mit den Ländern des südlichen Mittelmeers zu. Notwendig seien aber auch ein gemeinsames europäisches Asylsystem und Solidarität mit besonders betroffenen Mitgliedstaaten.

<http://www.euractiv.com/de/zukunft-eu/frankreich-und-italien-fordern-berarbeitung-des-schengen-vertrages-news-504335>

[http://www.elysee.fr/president/root/bank_objects/Lettre_conjointe_FRITavril11\[1\].pdf](http://www.elysee.fr/president/root/bank_objects/Lettre_conjointe_FRITavril11[1].pdf)
(Schreiben)

VIII. Umwelt

1. Zuteilung kostenloser Zertifikate für Emissionshandel ab 2013 geregelt

Die EU-Kommission hat am 27.04. die kostenlose Zuteilung von CO₂-Emissionsrechten für die Zeit nach 2013 geregelt. Solche Zertifikate sind noch bis 2020 Industrieanlagen vorbehalten, die besonders stark dem Wettbewerb aus Drittländern ausgesetzt sind. Der Beschluss sieht vor, dass die betroffenen Industrieanlagen strikte Grenzwerte für Energieeffizienz einhalten ihre Emissionen Schritt für Schritt zurückfahren. Generell gilt, dass ab 2013 der Löwenanteil der Emissionsrechte über Versteigerungen erfolgt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/505&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/258&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/clima/policies/ets/benchmarking_en.htm

2. Emissionszertifikate-Handel wieder funktionsfähig

Die Register von Liechtenstein, Litauen, Malta, Ungarn und Zypern nahmen am 20.04. als letzte ihre normale Tätigkeit wieder auf. Damit entfallen die nach dem Cyberangriff vom Dezember 2010 am 19.01.11. eingeführten Übergangsmaßnahmen.

<http://ec.europa.eu/environment/ets/welcome.do>

IX. Verkehr

Brenner-Basistunnel wird gebaut

Österreich und Italien haben am 18.04. den Beginn der Bauarbeiten für den 55 km langen Eisenbahntunnel offiziell genehmigt und sich über die Baukosten in Höhe von 8 Mrd. EUR geeinigt. Die EU beteiligt sich mit 1 Mrd. EUR an diesem Kernstück des vorrangigen Vorhabens Nr. 1, der Schienenverkehrsachse hoher Kapazität zwischen Berlin und Palermo, die Bestandteil des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) ist. Grabungsarbeiten für die Explorations- und Zugangstunnel haben bereits 2008 begonnen. Die Fertigstellung des Tunnels ist zum Sommer 2025 geplant.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/483&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://tentea.ec.europa.eu/en/ten-t_projects/30_priority_projects/priority_project_1/

X. Medien und Informationsgesellschaft

1. Kommission verspricht offenes Internet

In einem am 19.04. veröffentlichten Bericht verspricht die Kommission darüber zu wachen, dass die neuen EU-Telekommunikationsvorschriften in Bezug auf Transparenz, Dienstqualität und Anbieterwechsel, die am 25. 05. in Kraft treten, so angewandt werden, dass die Einhaltung der Grundsätze des offenen und neutralen Internets in der Praxis sichergestellt ist. Das Gremium europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) sei mit einer Studie etwa zu Hindernissen für den Anbieterwechsel, Sperren oder Drosseln des Internet-Datenverkehrs (z. B. VoIP-Dienste), Transparenz und Dienstqualität betraut. Die Kommission werde die Ergebnisse der Studie bis Ende des Jahres veröffentlichen und bei Bedarf weitergehende Maßnahmen wie etwa Leitlinien oder Legislativmaßnahmen vorlegen. Notfalls würde das Sperren rechtmäßiger Dienste oder Anwendungen verboten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/486&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecomm/doc/library/communications_reports/netr_eutrality/comm-19042011.pdf

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/285&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Rede Kroes)

2. Kinder nutzen soziale Netzwerke immer früher und ignorieren die Gefahren

Nach den Ergebnissen einer europaweiten Umfrage im Auftrag der Europäischen Kommission haben 77 % der 13- bis 16-Jährigen und 38% der 9- bis 12-Jährigen in der EU ein Profil auf der Website eines sozialen Netzes. In Deutschland sind es 72 bzw. 27%. Ein Viertel der Kinder (Deutschland: 20%), die soziale Netze wie Facebook, Hyves, Tuenti, Nasza-Klasa SchuelerVZ, Hi5, Iwiw oder Myvip nutzen, gibt dabei an, dass ihr Profil auf „öffentlich“ eingestellt ist, also von jedermann eingesehen werden kann; bei vielen dieser Profile wird auch Adresse und/oder Telefonnummer preisgegeben. Diese Zahlen machten deutlich, dass die von der Kommission geplante Überprüfung der Umsetzung der „Safer Social Networking Principles for the EU“ eine wichtige Initiative ist.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/479&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/information_society/activities/sip/index_en.htm

http://ec.europa.eu/information_society/activities/sip/projects/centres/practices/index_en.htm

XI. Bildung, Forschung, Kultur

1. Neues Netzwerk zu sozialen Aspekten im Bildungsbereich

Ein neues unabhängiges Experten-Netzwerk wurde eingerichtet, um die Kommission bei sozialen Aspekten von Bildung und Ausbildung zu beraten. NESET wird die Kommission bei der Analyse von Bildungspolitiken und -reformen unterstützen. Neben der wissenschaftlichen Koordinatorin, Professorin Sally Power von der Cardiff University (VK), wird sich die Kerngruppe aus elf Geisteswissenschaftlern und Forschern aus acht europäischen Ländern zusammensetzen. Aus Deutschland kommen Prof. Gerhard Bosch (Universität **Duisburg-Essen**) und Dr. Andreas Walther

(Universität **Tübingen**). In eine breitere Gruppe angeschlossener Experten aus der ganzen Welt sind die **Bamberger** Professoren Friedrich Heckmann und Hans-Peter Blossfeld berufen worden. NESET ist Nachfolger des Experten-Netzwerks NESSE, das seine Arbeit im Februar abgeschlossen hat.

http://ec.europa.eu/education/news/news2887_de.htm